

Sehr geehrter Herr Dr. Lange,
sehr geehrter Herr Prof. Dr. Dr. Tremmel,
sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für Ihre Anfrage und Ihr Engagement in der Debatte um die Altersversorgung von Abgeordneten.

Ich halte es für richtig und notwendig, dass dieses Thema öffentlich diskutiert wird. Die Frage, wie sich die Altersversorgung von Abgeordneten zur Lebensrealität der Mehrheit der Bevölkerung verhält, ist zentral für das Vertrauen in demokratische Institutionen.

Ihr Vorschlag, das bisherige Pensionsmodell durch ein beitragsbasiertes System – etwa in Anlehnung an die gesetzliche Rentenversicherung – zu ersetzen, greift eine Debatte auf, die auch ich grundsätzlich unterstütze. Aus meiner Sicht ist es langfristig sinnvoll, Altersvorsorge in Richtung einer solidarischen Erwerbstätigenversicherung weiterzuentwickeln, in die alle einzahlen – auch Abgeordnete.

Gleichzeitig ist mir wichtig zu betonen, dass eine Reform der Abgeordnetenversorgung sorgfältig ausgestaltet werden muss. Sie darf nicht dazu führen, dass politische Mandate faktisch nur noch für finanziell abgesicherte Personen attraktiv oder überhaupt möglich sind. Unabhängigkeit und Zugänglichkeit des Mandats müssen gewahrt bleiben.

Zu Ihrer konkreten Frage:

Ich befürworte, dass sich ein neu gewählter Landtag frühzeitig mit einer Reform der Altersversorgung auseinandersetzt. Ob ich einem konkreten Gesetzentwurf zustimmen würde, hängt für mich von dessen Ausgestaltung ab – insbesondere davon, ob er sowohl den Anspruch auf mehr Gerechtigkeit erfüllt als auch die Funktionsfähigkeit parlamentarischer Arbeit sichert.

Ich stehe für eine Reform, die transparent, nachvollziehbar und solidarisch ist und sich stärker an den Systemen orientiert, die für die breite Bevölkerung gelten.

Für einen weiteren Austausch stehe ich gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen
Jasmin Blume